

GESCHICHTE: VOR 80 JAHREN ÜBERFIEL DAS DEUTSCHE REICH DIE SOWJETUNION

„Es gibt Gemeinsamkeiten mit Russland“



Peter Brandt (72)
leitete bis März 2014 den Arbeitsbereich „Neuere Deutsche und Europäische Geschichte“ an der Fern-Universität Hagen. Peter Brandt ist der älteste Sohn des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt (1913-1992).

Herr Brandt, gibt es beim Gedenken an die Opfer des Nazi-Terrors eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft? Hier die Juden und die Opfer von Massakern in Frankreich, Italien, Griechenland, Polen, Tschechien – dort die russischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter?

Peter Brandt: Offiziell natürlich nicht. Allerdings haben die Opfer, welche die damalige Sowjetunion gebracht hat, in einer unbewussten Hierarchie nicht den Rang wie die Juden. Dafür gibt es Gründe: Es war keine fabrikmäßige Vernichtung, aber man wollte diese Völker versklaven und auch erheblich dezimieren. Es macht also keinerlei Sinn, diese Millionen Opfer nachrangig zu behandeln.

Der Historiker Timothy Snyder wiederum kritisiert die Fixierung auf Russland bei der Aufarbeitung des Vernichtungskrieges im Osten: Die Hauptlast hätten Polen, die Ukraine und Weißrussland getragen.

Das sollte man nicht gegeneinander ausspielen. Im heutigen Polen etwa legt die Obrigkeit starken Wert darauf, nur gewisse Geschichtsinterpretation zuzulassen beziehungsweise andere nicht anzuerkennen. Davon sind wir in Deutschland zum Glück weit entfernt.

Was meinen Sie damit genau?

Etwa die Erinnerung an den massiven polnischen Antisemitismus, den es ja gegeben hat. Das schließt ja nicht aus, dass auch die nicht-jüdischen Polen massenhaft zu Opfern geworden sind. Man fixiert sich aber lieber auf die vermeintlichen deutschen Alleintäter. Das wird der Komplexität des historischen Geschehens nicht gerecht.

Fällt den Deutschen das Gedenken an sowjetische Opfer auch deshalb schwer, weil Stalins Regime dem Hitler an Menschenverachtung und Brutalität sehr ähnlich war?
Das ist völlig richtig, und da gibt es auch nichts zu beschönigen. Etwa, was die Konsequenzen aus dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt betrifft. Aber das ändert nichts daran, dass die Sowjetunion dann doch von Deutschland angegriffen und mit einem Vernichtungskrieg überzogen wurde. Stalins Verbrechen spielen natürlich eine Rolle – vielmehr noch in der Zeit des Ost-West-Konflikts als heute. Aber auch da ist das Bild vielschichtig.

Wieso?

Einerseits gab es noch viele Menschen, die als Soldaten „gegen den Kommunismus“ gekämpft hatten, wie sie meinten. Andererseits hatten auch gerade die nicht ein durchgängig negatives Bild von Russland.

Wenn man Dokumentationen etwa über Stalingrad-Veteranen sieht, hat man oft den Eindruck, dass nach Jahrzehnten gerade bei denen, die aufeinander geschossen haben, eine besondere Nähe entstanden ist.
Das ist ein wichtiger Faktor. Ich bin ja mit dieser Generation aufgewachsen, und da war diese Einstellung genau so verbreitet wie Ressentiments gegen die Russen. Aber das eigentlich Erstaunliche ist, dass die russische Zivilbevölkerung so wenig Vorbehalte gegen Deutschland in seiner Gesamtheit bewahrt hat. Da hat es schon zu Zeiten des Ost-West-Konflikts eine große Bereitschaft gegeben,



Der Angriff auf die Sowjetunion endete unter anderem in Stalingrad. Diese Aufnahme zeigt Infanteristen bei den Straßenkämpfen.

FOTO: ARCHIV/DPA

sich menschlich anzunähern. Das sollte man sich heute stärker bewusst machen.

In Bremen diskutiert man gerade über den Umgang mit nicht-gekennzeichneten Gräbern russischer Gefangener in einem Gewerbegebiet: Darf man die zumeist anonymen Toten umbetten und an dieser Stelle Gedenkort einrichten?

Die konkrete Situation kenne ich nicht. Aber wir müssen respektvoll umgehen mit diesen Toten. Die Sowjetunion hat Nazi-Deutschland nicht alleine besiegt, aber sie hat doch die Hauptlast getragen. Das muss man im Bewusstsein bewahren.

Sie sprechen hier auf Einladung des Bremer Friedensforums. Wo sind die Bezüge heutiger Außen- und Sicherheitspolitik zum Angriffs- und Vernichtungskrieg des NS-Regimes vor 80 Jahren?

Die viel bemühten Lehren aus der Geschichte sind halt nicht immer so eindeutig. Da hängt viel vom eigenen Standpunkt ab, und es ergibt sich nicht automatisch, welche Konsequenzen man heute aus der kritischen Beschäftigung mit dem Überfall auf die Sowjetunion zu ziehen hätte. Wenn man aber die Erfahrungen aus dem Entspannungsprozess der 1960er- bis 1980er-Jahre mit heranzieht, dann liegen gewisse Schlussfolgerungen nahe. Und dabei haben wir nicht die simple Rechts-Links-Polarisierung nach politischen Parteien.

Warum brauchen wir heute Frieden und Freundschaft mit einem diktatorischen Regime? Wo haben wir dieselben Interessen?
Man hat ein gemeinsames Interesse in Deutschland und Europa an der Erhaltung des Friedens. Den meisten Menschen ist doch gar nicht bewusst, wie brisant und ge-

fährlich die diversen internationalen Spannungen sind, nicht bloß jene zwischen der Nato und Russland. Hier gibt es jeweils Sicherheitsinteressen, wirtschaftliche Interessen, aber eben auch Gemeinsamkeiten. EU-Europa und Russland könnten wirtschaftlich geradezu Ergänzungsräume sein, von Wladivostok bis Lissabon. Und EU-Europas Sicherheitsinteressen sind auch nicht automatisch identisch mit denen der USA.

Welche Anzeichen sehen Sie denn bei Präsident Putin, dass er Frieden und Ausgleich mit dem Westen sucht?

Aus Putins Sicht muss er einen Konflikt ausfechten, den er nicht gewollt hat. Im ersten Jahrzehnt seiner Amtszeit gab es ja durchaus Angebote von ihm für ein gutes, konstruktives Verhältnis zum Westen.

Gab es diese Chance nicht eher vor Putin, in den 90er-Jahren?

Es waren aber auch die Jahre, in denen sich das Oligarchensystem und die Korruption in

Gedenkveranstaltungen in Bremen

Das Bremer Friedensforum gedenkt mit zwei Veranstaltungen an diesem Dienstag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion vor genau 80 Jahren. Um 11 Uhr lädt der Verein Deutsch-Russische Friedenstag Bremen zu einer Kranzniederlegung am Mahmal in der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen ein. Um 17 Uhr findet unter dem Motto „Nie wieder gegeneinander – Gemeinsam für Frieden“ eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Der Hagerer Historiker Peter Brandt spricht zum Thema „Warum wir Frieden und Freundschaft mit Russland brauchen“. Den musikalischen Rahmen der Veranstaltung setzen mehrere russische und deutsche Musiker, unter anderen die Geigerin Lina Dobrynina („Esmeralda“).

Russland eingefressen haben. Putin hat das von Boris Jelzin übernommen und dann versucht, diejenigen Oligarchen zu disziplinieren oder auszuschalten, die ihm Knüppel zwischen die Beine geworfen haben. Abgesehen davon: Für die Masse der Russen waren die 90er-Jahre eine einzige soziale Katastrophe. Putin ist nicht alleine deswegen so populär, weil er Russland wieder zum Akteur in der Weltpolitik gemacht hat. Unter ihm wurden die Verhältnisse in Russland überhaupt erst wieder berechenbar.

Für den Staat Russland trifft es dafür nicht mehr zu.

Auch das hat eine Vorgeschichte: Die Zugeständnisse, die die Sowjetunion beim Rückzug aus Mitteleuropa gemacht hat, erfolgten in der Erwartung, dass die Nato nicht über Ostdeutschland hinaus ausgedehnt wird und das dies eine Übergangsphase ist. Man hoffte auf ganz neue sicherheitspolitische Konstruktionen für Gesamteuropa.

Einerseits. Andererseits hätte die Ukraine heute noch die Krim und den Osten ihres Staatsgebietes, wenn sie 2014 Mitglied der Nato gewesen wäre.

Das ist vorstellbar. Es hätte aber auch Spannungen mit Russland extrem verschärft. US-Präsident George Bush junior wollte ja zunächst die Ukraine und Georgien in die Nato aufnehmen – das wäre genau ein Beispiel gewesen für das völlige Übergehen der Interessen Moskaus. Die Ukraine war zudem schon ein gespaltenes Land, politisch wie kulturell. Man hätte sie nie von außen vor die Wahl stellen dürfen, sich entweder der EU und der Nato oder Russland anzuschließen.

Nun hat aber Putin gewaltsam Grenzen in Europa verschoben. Er unterdrückt die Op-

position in Russland und stützt die Diktatur in Belarus, er lässt Mordanschläge auf Abtrünnige und Überläufer in anderen Staaten verüben. Wie soll Europa klug mit so jemandem umgehen?

Da gibt es kein Patentrezept. Aber auch im früheren Ost-West-Konflikt gab es gute Gründe für Misstrauen, trotzdem wurden Abkommen geschlossen. In einem vertrauensbildenden Prozess muss man erst einmal die Interessen des Anderen mit reflektieren.

Nun haben sich Putin und US-Präsident Joe Biden in Genf immerhin auf weitere Gespräche über Rüstungskontrolle verständigt – das ist doch aus friedenspolitischer Sicht ermutigend, oder?

Natürlich! Bei der US-Außenpolitik unter Donald Trump wurde ja nicht mehr nüchtern kalkuliert. Wenn jetzt wieder Rationalität einzieht, ist das zu begrüßen. Im alten Ost-West-Konflikt war die Sowjetunion in Europa konventionell deutlich überlegen. Das wurde ausbalanciert durch eine globale atomare Überlegenheit der USA. Heute aber ist die Nato in Europa konventionell überlegen. Darauf reagiert Russland mit atomarer Aufrüstung, die im Übrigen auch weniger kostet. Das ist verdammt gefährlich.

Gibt es trotzdem Anlass zur Hoffnung?

Putin und Biden sind sich wohl nicht sonderlich sympathisch, das ist aber auch nicht nötig. Denn offenbar haben sie beide die Absicht, rational miteinander umzugehen, weil sie sich der Gefahr bewusst sind. Beide haben ein Interesse, dass Dinge nicht außer Kontrolle geraten. Da bin ich ein ganz kleines bisschen optimistisch, aber weltweit gesehen ist Optimismus sicher noch verfrüht.

Das Gespräch führte Joerg Helge Wagner.

Die Rolle von Medien, Polizei und Unternehmern aus Bremen

VON FRANK HETHEY

Der 22. Juni 1941 war ein Sonntag. Wer dennoch früh auf den Beinen war, konnte die Meldung vom deutschen Überfall auf die Sowjetunion um 5.30 Uhr zum ersten Mal im Radio hören. Propagandaminister Joseph Goebbels verlas eine Proklamation Hitlers, die anderntags im vollen Wortlaut in der „Bremer Zeitung“ zu lesen war, dem Organ der Bremer Nationalsozialisten. „Von schweren Sorgen bedrückt“, so Hitler, „zu monatelangem Schweigen verurteilt, ist nun die Stunde gekommen, in der ich endlich offen sprechen kann.“

Hitlers Proklamation in der Zeitung

Doch das bedeutete nicht, dass man nun die Wahrheit zu hören bekam. Unter der Überschrift „Bolschewistischer Dolchstoß pa-

riert“ setzte die „Bremer Zeitung“ nur eine neue Lüge in die Welt. Die „Präventivkriegsese“, nach der Deutschland einem bevorstehenden Angriff der Sowjetunion lediglich zuvorgekommen sei, ist längst widerlegt. Die deutsche Aufklärung deutete die Truppenansammlungen an der Grenze als Defensivmaßnahme, die Rote Armee galt ohnehin als nicht ernst zu nehmender Gegner.

Tatsächlich verhielt es sich genau umgekehrt: Das Deutsche Reich betrieb ein „verräterisches Doppelspiel“. Bereits im Dezember 1940 hatte Hitler der Wehrmacht die Weisung erteilt, das Unternehmen Barbarossa vorzubereiten: den Krieg gegen die Sowjetunion unter Bruch des deutsch-russischen Nichtangriffspakts vom August 1939. Als „Kampf um Lebensraum im Osten“ war dieser Krieg von Anfang als Vernichtungskrieg

konzipiert, der Tod von vielen Millionen Menschen war gewollt und einkalkuliert.

Polizeibataillone machen sich schuldig

Längst entschleierte ist auch der Mythos von der vermeintlich sauberen Wehrmacht. Die regulären Truppen waren ein integraler Bestandteil bei der systematischen Ermordung der Juden im Osten. Und nicht nur die Wehrmacht war beteiligt, auch die Bremer Polizeibataillone 105 und 303 mischten als Helfershelfer beim Holocaust kräftig mit. Beim berüchtigten Massaker von Babij Jar Ende September 1941, bei dem mehr als 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder in einer nahe Kiew gelegenen Schlucht erschossen wurden, trieben Bremer Polizisten die Opfer zusammen und sperrten Straßen ab.

Dass Bremer Polizisten in Babij Jar nicht direkt an Exekutionen beteiligt waren, ent-

lastet sie keineswegs. Wie der Historiker Karl Schneider in seinem Buch „Auswärts eingesetzt“ akribisch nachgewiesen hat, griffen sie andernorts zur Waffe und hinterließen eine wahre Bluts spur in den besetzten Gebieten, nicht nur bei der Ermordung von Juden, sondern auch bei der „Partisanenbekämpfung“. Besonders erschütternd ist der Fall eines etwa dreijährigen Kindes, das im Winter 1941 zu Tode geschleift wurde. „Es gab viele kleine Babij Jars“, lautet Schneiders Fazit.

Kein Ruhmesblatt für Bremen ist die lange Zeit verschwiegene Beteiligung Bremer Kaufleute an der ökonomischen Ausbeutung der eroberten Gebiete. Dabei taten sich neben Bremer Baumwollhändlern auch die Martin Brinkmann AG in Kooperation mit dem Hamburger Tabakkonzern Reemtsma hervor. Auf der Krim und im Nordkaukasus gründeten die beiden Firmen im Frühjahr

1942 ein Syndikat zur Zigarettenproduktion. Wie der Tabakanbau mithilfe von Zwangsarbeitern in Gang kam, hat der Historiker Karl Heinz Roth bereits vor zehn Jahren in seinem Buch „Reemtsma auf der Krim“ analysiert.

Zwangsarbeiter aus Ostgebieten

Zahlreiche Zwangsarbeiter aus den besetzten Ostgebieten wurden auch nach Bremen verschleppt. Neben sowjetischen Kriegsgefangenen machten sie das Gros der ausländischen Arbeitskräfte aus. Wie wenig ein Leben dabei zählte, hat erst kürzlich die Debatte um den sogenannten Russenfriedhof in Oslebshausen vor Augen geführt.

Wie viele Bremer Soldaten im Russlandkrieg ums Leben kamen, ist nicht eindeutig zu klären. Fritz Peters spricht in seiner Chronik von 13.400 Bremer Gefallenen.